



Interpellation "Blaues Auge"

Stefan Schmid reicht am 4. Dezember 2001 nachstehende Interpellation ein:

"Die Abstimmung des vergangenen Wochenendes über die Informatik in der Volksschule endete mit einem blauen Auge für das Parlament, den Stadtrat und das zuständige Amt. Im Parlament wurde die Vorlage einstimmig und ohne grundsätzliche Einwendungen verabschiedet. Ein knapper Volksentscheid bei dieser Ausgangslage muss zu denken geben. Ich stelle deshalb folgende zwei Fragen an den Stadtrat:

1. Wie beurteilt der Stadtrat das knappe "JA"?
2. Welche Lehren müssen aus dieser Abstimmung gezogen werden?"

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation:

Vorbemerkung

Am 2. Dezember 2001 fand die Volksabstimmung über den Kreditantrag von 1,7 Millionen Franken für die Informatik in der Volksschule statt. Der Kreditantrag wurde relativ knapp mit 2147 Ja zu 1657 Nein angenommen. Die Stimmbeteiligung betrug 34,7%. In der Zeit vor der Abstimmung ist keine Opposition gegen den Kredit bekannt geworden. Das Stadtparlament hat den Kreditantrag zu Handen der Bürgerschaft einstimmig verabschiedet. An der Urnenabstimmung lag der Anteil der Zustimmung bei 56,4%.

Frage 1

Wie beurteilt der Stadtrat das knappe „JA“?

Antwort 1

Das positive Abstimmungsergebnis ist erfreulich, weniger erfreulich ist die knappe Zustimmung zum Kredit für die Informatik der Volksschule Gossau. Die Gründe für dieses knappe Ergebnis sind sicher vielschichtig. Bei niedriger Stimmbeteiligung fällt der Nein-Stimmenanteil tendenziell höher aus. Die Notwendigkeit der Informatik in der Volksschule ist da und dort nicht erkannt worden.

Die Volksabstimmung wurde notwendig auf Grund der jährlich wiederkehrenden Kosten. Die Aufteilung dieser Kosten auf Betriebskosten einerseits und Kapitalfolgekosten andererseits wurde auch im Bericht und Antrag zur Urnenabstimmung deutlich gemacht. Die Investitionskosten und die daraus resultierenden jährlich wiederkehrenden Kosten sind hoch. Sie haben sicher viele von einer Zustimmung abgehalten, insbesondere, wenn man von der Notwendigkeit der Informatik in der Schule nicht überzeugt ist.

Frage 2

Welche Lehren müssen aus dieser Abstimmung gezogen werden?

Antwort 2

Seit Verabschiedung der Vorlage durch den Stadtrat am 15. Juni 2001 ist die Vorlage lediglich noch einmal öffentlich vertreten worden, nämlich anlässlich der Parlamentssitzung durch Stadtrat und Schulpräsident Markus Sprenger.

Das St. Galler Tagblatt hat vor der Parlamentssitzung einmal über die Vorlage berichtet. Nach der Parlamentssitzung erfolgte keinerlei Berichterstattung mehr in den Medien, bis die GOZ vor der Volksabstimmung auf der Titelseite über diese Vorlage berichtete. Die Information der Bürger im Vorfeld der Abstimmung war ungenügend.

Für künftige Abstimmungen ist zu prüfen, bei wem die Informationspflicht liegt. Die Rollenteilung Stadtparlament / Stadtrat ist noch zu finden. Eine Besprechung mit dem Präsidium des Stadtparlamentes über dieses Thema hat stattgefunden. Der Stadtrat wird künftig - in der gebotenen Zurückhaltung - Informationsmassnahmen lancieren.

Gossau, 24. Januar 2002

Stadtrat